

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 69 (1975)
Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : zweites Halbjahr 1974
Autor: Geiss, Imanuel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142429>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Abhängigkeit aller Völker. Mit etwas gesundem Menschenverstand können wir durch Vermittlung internationaler Organisationen zusammenarbeiten und so den konkurrierenden nationalen Einheiten ermöglichen, ihren Leuten zu dienen. Es ist an der Zeit, daß wir uns mit der Wirklichkeit auseinandersetzen.

Weltrundschau Zweites Halbjahr 1974

Krise — ihre neuen Aspekte

Alle reden inzwischen von der Krise, selbst die, für die es vor zwei Jahrzehnten, oder noch vor zwei Jahren, Zeichen kommunistischer Gesinnung war, wenn man, im Rausch des Wirtschaftswunders, ganz bescheiden darauf verwies, daß auch die längste und höchste Hochkonjunktur einmal zu Ende gehen würde. Jetzt ist es auch im kapitalistischen Westen wieder so modisch geworden, von der Krise zu sprechen, von den Rechten als Vorbereitung auf die Fortsetzung ihrer Politik mit anderen Mitteln gedacht, daß den sensibleren Kreisen, die schon Jahre zuvor das Gras der Krise hatten wachsen hören, das gleiche Wort fast im Mund stecken bleibt. Aber davon löst sich auch nicht die menschliche Globalkrise mit all ihren regionalen und nationalen Untergliederungen, die uns im vergangenen Jahr wieder einmal in Atem hielten: die allgemeine Wirtschaftsrezession, durch die sog. Energiekrise seit dem Yom-Kippur-Krieg eher beschleunigt als geschaffen, weitete sich, mit ihrer ganz lehrbuchwidrigen Kombination von Inflation, Stagnation und Arbeitslosigkeit, zu einer handfesten Weltwirtschaftskrise aus. Gegen Ende des Jahres erreichten die Preisanstiege auf dem (westlichen) Weltmarkt sogar das sozialistische Lager, wie die drastischen Einsparungen auf dem Gebiet des Zeitungswesens in den sonst nach außen scheinbar so preisstabilen Ländern Osteuropas, einschließlich der UdSSR, zum Jahresende nahelegen.

Die Welt am Rande des Krieges

Die Welt schlitterte gleich zweimal am Rande eines Dritten Weltkrieges dahin — im August über Zypern, im November über den Nahen Osten, wo das Auslaufen des Mandats für die UNO-Truppen auf syrischem Boden Ende November einige Tage lang den Auftakt zum fünften israelisch-arabischen Krieg zu bilden schien, der diesmal möglicherweise gleich in den Dritten Weltkrieg eskaliert hätte. Die Verlängerung des UNO-Mandats gab noch einmal Aufschub für den Nahen Osten und für die Menschheit. So wie der Fahrplan der Mandatsbeendigung für die UNO-Sicherungstruppe läuft, wäre dann am 31. Mai der Weltuntergang, es sei denn, die USA machen ihre bisher nur verhüllten Drohungen von Kissinger und Ford schon vorher wahr und intervenieren im Nahen Osten militärisch zur gewaltsamen Sicherung ihrer Ölversorgung gegen die Preiserhöhungen der Araber.

Einige Zeichen der Einsicht

Auch die übrigen Entwicklungen auf Weltebene können nicht tröstlicher stimmen. Zwar wirkt sich punktuell die Einsicht in die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Erhaltung der Umwelt in einigen vernünftigen Projekten aus, wie zum Beispiel in der Reinigung des einen oder anderen (stehenden oder fließenden) Gewässers, in dem einen oder anderen Industrieland. Zwar setzte die UNO ihre Serie von Weltkonferenzen zu speziellen Problemen globalen Charakters mit der Bevölkerungskonferenz in Bukarest und der Ernährungskonferenz in Rom fort, aber die praktischen Ergebnisse waren auf beiden Konferenzen noch spärlich, es sei denn, man betrachte es als Fortschritt, daß über die Probleme überhaupt in einem weltweit institutionalisierten Rahmen gesprochen wird.

Ost und West in Bukarest

In Bukarest beharrte die Volksrepublik China, seit rund zwei Jahrtausenden der menschenreichste Staat der Erde, auf dem Recht der ungehinderten nationalen Souveränität in der Frage der Bevölkerungszunahme, unterstützt von zahlreichen Entwicklungsländern, wo, wie in kleineren afrikanischen Ländern, die Bevölkerung, im Verhältnis zu den vorhandenen Raum- und Ressourcenreserven, tatsächlich teilweise noch anwachsen kann. Die USA und die sie unterstützenden westlichen Länder dagegen gerieten mit ihrem Konzept der generellen Bevölkerungswachstumsreduzierung in den Verdacht, nur ihre imperialistische Politik mit anderen Mitteln fortsetzen zu wollen.

Bevölkerungs-Wachstum — Standpunkt-Unterschiede

Hier, auf dem Gebiet des Bevölkerungswachstums, wiederholt sich das grundsätzlich gleiche Dilemma, das in dieser Zeitschrift, in ähnlichem Zusammenhang, schon für die Frage des Wirtschaftswachstums und des Umweltschutzes angesprochen wurde (vgl. NW Juli/Aug. 1972, S. 242f): An und für sich global vernünftige Vorschläge zur Steuerung der Welt-Not werden ungläubwürdig und bleiben damit wirkungslos, wenn sie von der gegenwärtigen Hauptmacht des weißen Industrie-Imperialismus ausgehen, den USA, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg aus machtpolitischen Gründen geradezu entzückt über ihren damaligen «Baby-Boom» gewesen waren. Die Drosselung des Bevölkerungswachstums ist für die Entwicklungsländer nur zuzumuten und politisch durchsetzbar, wenn sie einhergeht mit einer gezielten und energischen Umverteilung des Weltwohlstandes zugunsten der Entwicklungsländer, was nun einmal ohne gezielte Einschränkung, vielleicht sogar Senkung des Wohlstandes in den Industrieländern nicht möglich ist. Bisher galten solche Einsichten als unpolitische Träumereien, weil kein Politiker es

wagen würde, seinen Wählern solche Perspektiven zu empfehlen. Aber der Schock der sog. Energiekrise hat wenigstens das Gute gehabt, daß selbst einflußreiche Meinungsmacher in der westlichen Welt die Notwendigkeit von Einschränkungen und sparsamem Haushalten mit Rohstoffen und Energie erkannt und öffentlich ausgesprochen haben.

Senken des Wohlstandes . . .

Das Einfrieren oder gar Senken des Wohlstandes in den kapitalistischen Industrieländern — einerlei ob erzwungen durch den Druck der (vielleicht letzten und tödlichen) Weltwirtschaftskrise des kapitalistischen Systems, oder ob aus noch halbwegs freien Stücken zugunsten vor allem der rohstoffarmen Entwicklungsländer, als dem eigentlichen Welt-Proletariat des ausgehenden 20. Jahrhunderts — hätte einschneidende Konsequenzen für die ökonomische und politische Ordnung.

. . . gefährlich für das kapitalistische System

Die Klassenkämpfe (neuerdings vornehm verhüllend auch «Verteilungskämpfe» genannt) um die Verteilung des verbliebenen Bruttosozialprodukts würden sich in den Industriemonopolen verschärfen. Eine freiwillige und politisch gezielte Einschätzung zugunsten der Entwicklungsländer aber wäre für die Arbeiterschaft nur zumutbar, wenn auch die besitzenden Klassen zur Kasse gebeten würden. Die einfachste und — auch historisch — gerechteste Lösung wäre die Vergesellschaftung der ausschlaggebenden Produktionsmittel und Finanzinstitute, sowie des Bodens zumindest in den industriellen Ballungsgebieten.

Kampf gegen Hunger — nicht mit Aufrüstung vereinbar

Auch die wirksame Bekämpfung des weltweiten Hungers in einer durch Dürre-, Hochwasser- und Erdbebenkatastrophen geschüttelten Welt würde, wie sich gerade im vergangenen halben Jahr immer wieder zeigte, ein solches Ausmaß an Planung, vermehrter Produktion und gerechter Verteilung erfordern, daß nur eine Art Welt-Sozialismus für diese dringendste aller Aufgaben der neuen Welt-Innenpolitik vielleicht noch eine Chance hätte. Stattdessen hat eine US-amerikanische Welt-raumrakete den Jupiter erreicht und fliegt nun zum Saturn, während die Aufrüstung der Supermächte (hinter dem Schleier des SALT-II-Abkommens) und zahlreicher Mittel- und Kleinstaaten weitergeht. Nur in einigen NATO-Ländern wollen sozialistische Verteidigungsminister unter dem Druck der Wirtschaftskrise Abstriche am Verteidigungsbudget vornehmen, vor allem in England und in den Niederlanden, was sofort das Stirnrunzeln der USA und der NATO hervorruft, anstatt daß die Chance zu einer Umorientierung der öffentlichen Haushalte auf eine zivilere und zugleich produktivere Entwicklungspolitik ergriffen würde.

Letzte Krise des kapitalistischen Systems?

Im welthistorischen Zusammenhang könnte sich gegenwärtig im Westen sehr wohl die letzte Krise des kapitalistischen Systems anbahnen. Wenn das Gespenst der Weltwirtschaftskrise von 1929 auffallend oft wieder beschworen wird (gerade von denen, die vorher gegenüber allen Warnungen stets behauptet hatten, dank der Keynes'schen Wirtschaftspolitik verfüge der Staat heute über alle Instrumente, um Wirtschaftskrisen rechtzeitig und wirkungsvoll zu bekämpfen), so ist es auch berechtigt, auf die politischen Konsequenzen der Weltwirtschaftskrise von 1929 zu verweisen. In der damaligen Krise boten sich im kapitalistischen System drei systemkonforme Alternativen zu ihrer Überwindung, und gleichzeitig zum im Hintergrund stets befürchteten Kommunismus an. Sie alle kamen in den Jahren 1931 bis 1933 zum Zuge: 1931 das Festhalten am parlamentarischen Regieren in England, wenn auch auf einer nur zu Notzeiten eingeführten (daher von der Linken auch verworfenen) Allparteienregierung unter dem Ex-Sozialisten Ramsay MacDonald; 1932 das New Deal eines Reform-Liberalismus unter Franklin D. Roosevelt in den USA; 1933 der Faschismus in Deutschland unter Hitler. Alle drei mit kapitalismuskonformen Alternativen haben inzwischen, in der zeitlich umgekehrten Reihenfolge ihrer Realisierung, ihre politische Tragfähigkeit wenigstens in den Industrie-Gesellschaften verloren — der Faschismus zuerst, spätestens 1945, die amerikanische Demokratie mit Vietnam und Watergate, der englische Parlamentarismus zuletzt. Es muß sich erst noch zeigen, ob in einer sich vermutlich noch verschärfenden, allgemeinen Wirtschafts- und Währungskrise, eine der schon verbrauchten oder eine neue systemkonforme Alternative zum sozialistischen Prinzip den sich sonst abzeichnenden politischen Zusammenbruch noch einmal wird aufhalten können.

Watergate-Krise

In den USA fand die Watergate-Krise mit dem Rücktritt des Präsidenten Nixon am 9. August ihren vorläufigen Abschluß. Die Art seines Rücktritts, der durch die fast sicher zu erwartende Verurteilung im förmlichen Impeachment-Verfahren erzwungen wurde, ferner die harthörige Selbstgerechtigkeit Nixons selbst nach seinem Sturz und die auffällige Hast, mit der Nixons Nachfolger, der ebenso schlichte wie politisch einfältige Ford, seinen gerissenen früheren Protektor durch sein Pardon dem Spruch der Gerichte entzog, während die Watergate-Prozesse gegen Nixons Helfershelfer weitergehen, werden dafür sorgen, daß Watergate den Amerikanern noch lange erhalten bleibt. Die unmittelbare Reaktion der amerikanischen Gesellschaft, wie sie sich vor allem in den für die Republikaner zu erwartenden verheerenden Nieder-

lagen bei den Kongreßwahlen Anfang November 1974 niederschlugen, könnten zu einer großen Reinigungskrise drängen, in der, zumindest zeitweise, ein demokratisch erneuerter Kongreß und eine durch ihren Erfolg im Watergate-Skandal über einen korrumpierenden und undemokratischen Präsident selbstbewußter gewordene Öffentlichkeit die politische Führung übernehmen würde. Die Diskreditierung des Präsidentenamts durch den Watergate-Skandal und die offensichtliche Tumbheit des politisch unbedachten Präsidenten Ford scheinen ebenso darauf zu deuten, wie jüngste Reorganisationserfolge im Kongreß, wo eine Revolte jüngerer und neugewählter demokratischer Mitglieder des Repräsentantenhauses die Macht der korrupten und korrumpierenden Alten Garde der eigenen Partei brach.

Politischer Wiederaufbau durch demokratischen Kongreß?

Die Konsequenz könnte eine Art innenpolitisches Rekonstruktions-Programm sein, ähnlich wie nach dem (ersten) amerikanischen Bürgerkrieg 1866-76. Aber ob dieser zunächst noch zaghafte Ansatz zu einer demokratischen Erneuerung vom Kongreß aus den politischen Alltag, die Belastung der eigenen Wirtschaftskrise und die sich erneut abzeichnende militärische Abenteuer-Interventions-Politik von Kissinger/Ford, diesmal im Nahen Osten, wegen des Öls, überlebt, steht noch dahin.

Neue politische Abenteuer?

Das Gerede von einer amerikanischen, militärischen Intervention im Nahen Osten, das bis in amerikanische Karikaturen vordrang, scheint zu bestätigen, was schon vor über einem Jahr aus Kreisen der Bundeswehr zu vernehmen war, daß bereits im Sommer 1973 die Amerikaner kombinierte Landeunternehmen und Wüstenkrieg übten — in den eigenen Wüstengebieten. Sollten die USA tatsächlich eine solche Intervention in die Tat umsetzen, so würden ihnen diesmal vermutlich die Trümmer ihrer Desparado-Politik — anders als über Vietnam — sofort und weltweit um die Ohren fliegen. Der Dritte Weltkrieg oder die (erste echte) amerikanische Revolution zur Verhinderung einer weltweiten Katastrophe wären dann fällig (vgl. auch NW, Jan. 1973, S. 30). Zwar stolperte Nixon nicht direkt über seinen Anteil am Verbrechen des Vietnam-Krieges, sondern «nur» über den Einbruch ins Wahlhauptquartier der Demokratischen Partei und die anschließende Vertuschung, aber die sich hinter einer amerikanischen militärischen Intervention im Nahen Osten unmittelbar abzeichnende Gefahr eines Weltbrandes, der auch die USA kaum verschonen würde, könnte vielleicht doch noch die Ausführung solcher selbstmörderischer Aktionen verhindern — politisch im Rahmen der Verfassung oder eben mit anderen Mitteln.

Sowjetunion im Dilemma

Die Sowjetunion ist im letzten halben Jahr verstärkt und weltweit sichtbar in ein mehrfach kompliziertes Dilemma geraten: Einerseits strebt sie, ohne die inneren Schwierigkeiten der USA revolutionär auszubeu-ten, zur verstärkten ökonomischen und politischen Zusammenarbeit mit den USA, von Nixon kurz vor seinem Sturz noch einmal zu spektakulären Vertragsunterzeichnungen in Moskau ausgenützt. Andererseits verlangten die USA als Konzession für die faktische Aufhebung der Handelsbarrieren, die die USA im Kalten Krieg gegen die UdSSR errichtet hatten, erweiterte Auswanderungsmöglichkeiten für Juden aus der Sowjetunion. Nun ist die Lage der Juden in der Sowjetunion sicherlich nicht derart, daß sie das Gerede von einem sowjetischen Antisemitismus rechtfertigen würde. Trotzdem besteht nun einmal als objektive Realität der Wunsch vieler Sowjetjuden zur Auswanderung, und wenn nur um den tatsächlichen Druck im Sowjetsystem zu entgehen, der auf Intellektuellen mit der ihnen eigenen erhöhten politischen Sensibilität besonders lastet. Da ein erheblicher Teil der sowjetischen Juden nach Israel auswandern will, u. a. dank zionistischer Propaganda, gerät die Sowjetunion aber in Spannung zu ihren arabischen Verbündeten, die über die Verstärkung Israels durch Menschen und technisches know-how keineswegs erbaut sind. So hat die Sowjetunion, entgegen zeitweiligen offiziellen Beteuerungen vom Gegenteil, die Schleusen der Auswanderung für jüdische Staatsbürger immer weiter geöffnet, und diese neue Welle jüdischer Auswanderung richtete sich vor allem auf Israel. Dort jedoch entstanden neue Probleme, weil sich die Integration der Juden aus einem kommunistischen Land durchaus nicht so glatt abspielt, sodaß viele Juden aus der Sowjetunion Israel wieder verließen, manche sogar in die Sowjetunion zurückkehren möchten, ohne von Moskau wieder aufgenommen zu werden. Diese jüdischen Remigranten aus Israel sammeln sich häufig in der westlichen Hauptstadt, die den sozialistischen Ländern Osteuropas am nächsten liegt — im neutralen Wien — und warten dort zermürend lange auf die Möglichkeit zur Heimkehr in die Sowjetunion.

Das sowjet-arabische Verhältnis

Aus anderen Gründen verlief das sowjetisch-arabische Verhältnis weiterhin spannungsreich und widersprüchlich: Ungeachtet aller offiziellen Sympathiebezeugungen nach außen und der massiven sowjetischen Hilfe bei der Wiederaufrüstung der arabischen Staaten nach dem Yom-Kippur-Krieg, bleibt das arabische Ressentiment gegen die Sowjetunion bestehen, weil sie immer noch von einem neuen Krieg gegen Israel wegen der Konsequenzen für den Weltfrieden abrät und eben, aus ökonomischen Motiven, die relativ massive Auswanderung sowjetischer

Juden nach Israel zuläßt. Die kurzfristige Absage des für Februar 1975 angesetzten Breschnew-Besuchs in Kairo scheint auf solche Differenzen hinzuweisen, die vielleicht auch mit den Unruhen und Demonstrationen gegen Jahresende in Ägypten selbst, zusammenhängen. Wie sich die Sowjetunion aus ihrem komplexen Dilemma zwischen den USA und den Arabern herauswinden wird, läßt sich heute noch nicht absehen. Jedenfalls wird diese Schwierigkeit die sowjetische Außenpolitik sowohl gegenüber den USA als auch den Arabern noch auf einige Zeit bestimmen. (Seither — 17. Jan. 1975 — haben die Sowjets den Handelsvertrag mit den USA gekündigt. Red.)

Schwankende Hoffnungen auf Frieden im Nahen Osten

Die Ereignisse im Nahen Osten ließen die Welt zwischen der Hoffnung auf eine friedliche Lösung, angedeutet in der Annahme von Disengagement-Plänen auch auf den Golanhöhen zwischen Syrien und Israel einerseits, und der Angst vor dem Ausbruch eines fünften israelisch-arabischen Kriegs andererseits, schwanken. Der Nahe Osten bestätigte somit wieder seine Funktion als mögliches Pulverfaß für einen Dritten Weltkrieg, wie sie sich seit dem Herbst 1956 erstmalig abgezeichnet hatte. Der Vergleich mit dem Balkan als Pulverfaß für den Ersten Weltkrieg liegt nahe, und die Problematik des Entstehens neuer Nationalstaaten, kompliziert durch das Eingreifen der Weltmächte aus ideologischen wie strategischen Interessen, ist grundsätzlich vergleichbar.

Die Situation Israels

In Israel wirken sich die Konsequenzen aus dem nur halbgewonnenen, nämlich militärisch fast gewonnenen, politisch aber verlorenen Yom-Kippur-Krieg in einer fatalen Diskrepanz zwischen unveröffentlichter Stimmung in der Gesellschaft und offizieller Haltung aus: Erschrecken über die jähe Einsicht in die eigene Lage nach dem Verlust der permanenten und haushohen Überlegenheits-Illusion seit dem Oktober 1973 mischt sich mit Ratlosigkeit und Verzweiflung über die politische Unlösbarkeit der Sackgassen- und Groß-Ghetto-Situation Israels mitten im angeblich gelobten Land. Massive Steuererhöhungen und Preisanstiege sind die ökonomischen Aspekte der Lage; nur aus Privatbriefen deutlich werdende Kriegsmüdigkeit, erkennbar in der höchsten Auswanderungsrate aus Israel seit 1948, sind die von außen schwerer faßbaren Symptome. Andererseits wächst offenbar die entschlossene Haltung in den ohnehin chauvinistischen Kreisen, während die schwache, leicht nach links erweiterte Minderheitsregierung Rabin zwischen partiell vernünftigen Vorschlägen, wie Rückzug auf dem Sinai und — wenigstens nach außen — Ablehnung jeder Anerkennung der PLO schwankt, dra-

matisch unterstrichen durch massive Vergeltungsschläge in den Libanon hinein, nach palästinensischen Terroranschlägen auf israelische Siedlungen und Gemeinden. Im Zuge der gesteigerten Wiederaufrüstung hat Israel offensichtlich im Geheimen bereits die Atomschwelle überschritten, und an der Entschlossenheit und Fähigkeit irgendwelcher Israelis, im Notfall einer heute nicht mehr auszuschließenden militärischen Niederlage zur Atombombe zu greifen, und so Armageddon im Heiligen Land zu eröffnen, ist kaum zu zweifeln. Wenn es nicht Rabin und seine Regierung tun würde, so sicher nach historischem Muster eine Zeloten-Regierung unter dem zionistisch-faschistischen Flügel eines Menachim Begin.

Die arabische Seite

Auf der arabischen Seite ist die wichtigste Veränderung die Anerkennung der PLO als Quasi-Exil-Regierung der Palästinenser, erst durch die arabischen Regierungen auf dem letzten Rabat-Gipfel, dann durch Hussein selbst, schließlich durch die UNO mit Arafats spektakulärem Auftritt in der UNO-Vollversammlung. Die Anerkennung der PLO als revolutionär legitimierter Verhandlungspartner durch Israel wird nun erst recht unausweichlich, will Israel wirklich Frieden erhalten, zumal sich bei der PLO offenbar in Etappen die Anerkennung Israels als selbständiger Staat anzubahnen scheint. Daß die PLO auch auf dem Westufer und in Ostjerusalem Einfluß hat, beweisen die palästinensischen Demonstrationen (wie üblich meist Jugendlicher) gegen die israelische Okkupation.

Wirtschaftlicher Aufstieg der arabischen Welt

Weltpolitische Bedeutung erhält der Aufstieg der PLO zu einem außerhalb Israels und seiner (offiziellen wie inoffiziellen) Verbündeten respektablen Machtfaktor durch den gleichzeitigen ökonomischen Aufstieg der arabischen Welt, dank den massiven Preissteigerungen für Öl, woran allerdings auch nicht-arabische Ölländer, wie der Iran, neuerdings auch Nigeria, partizipieren. Denn die Ölmillionen finanzieren nicht nur die PLO, sondern die überschüssigen Ölmilliarden drängen auch auf weltweite Investitionen und könnten durch gezielte Finanzaktionen jederzeit das internationale (vermutlich nicht nur westliche) Geldsystem über den Haufen werfen. Der aufsehenerregende Einkauf der Kuweiti bei Mercedes-Benz gibt einen Fingerzeig auf zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten. Der Mercedes-Benz-Stern, bisher ein Leitsymbol des westdeutschen Wirtschaftswunders, wird nun den Königen aus dem Morgenland folgen, die sich ihrerseits mit der Finanzierung der PLO aus politischen Gründen langfristig das eigene Grab schaufeln.

Großmacht Iran

Unter geschickter Ausnützung des eigenen Öls wurde im letzten halben Jahr der Aufstieg des Iran zu einer Art regionaler Groß- oder Hegemoniemacht an der Nahtstelle zwischen Nahem und Mittlerem Osten deutlicher denn je zuvor. Zielstrebig kombiniert der Schah die Industrialisierung seines Landes, u. a. mit Hilfe europäischer Industrieländer, mit dem Aufbau einer starken Militärmacht und einer nuancierenden Unterstützung nationalrevolutionärer Bewegung (Kurden im benachbarten und rivalisierenden Irak) bzw. sozialkonservativer Systeme (Sultanat in Oman am Persischen Golf gegen die dortige revolutionäre Befreiungsbewegung). Ökonomische Expansion und gegenwärtige Prosperität scheinen zwar kurzfristig eine politische Stabilisierung des Schah-Regimes zu bringen, zumindest zu Lebzeiten des gegenwärtigen Schahs. Wie es aber ohne grundsätzliche Reformen die früher oder später doch unvermeidlichen sozialen und politischen Spannungen überstehen will, läßt sich heute noch nicht absehen.

Die Entwicklung Europas

Die Entwicklung Europas stand weitgehend unter dem Eindruck der ökonomischen und politischen Dynamik im Nahen Osten; Ölpreis und Furcht vor Verwicklungen in einen neuen Nahostkrieg beeinflussten das ökonomische und politische Geschehen. Die je unterschiedlich gefärbte nationale Krise in den einzelnen Ländern ließ zugleich auch die gerade erst erweiterte Europäische Gemeinschaft weiter auseinanderlaufen: Italien stand kurz vor dem Staatsbankrott und wurde nur durch eine bundesdeutsche Blitz-Kredit-Aktion über Milliarden DM noch einmal kurzfristig gestützt. England taumelt weiter unter der Last von Inflation, Arbeitslosigkeit, wachsendem Handelsdefizit und Bombenanschlägen der IRA, die jetzt auf fast ganz England ausgedehnt werden. In Frankreich ist der honey-moon für Präsident Giscard D'Estaing überraschend schnell zu Ende gegangen. Dänemark sucht einen Ausweg in vorgezogenen Neuwahlen Anfang 1975. Die Bundesrepublik, zwar ökonomisch noch am stabilsten, steht am Vorabend von vermutlich einschneidenden politischen Veränderungen, angedeutet durch die Erosion der sozialliberalen Koalition und das Wiederaufbrechen der Baader-Meinhof-Problematik mit dem Hungerstreik der meisten Baader-Meinhof-Häftlinge, wie dem Tod von Holger Meins. In Österreich kündigt sich das Ende der SPÖ-Herrschaft unter Bruno Kreisky an. Portugal scheint, zumal nach dem spektakulären Rücktritt von General Spínola als erstem Staatspräsident, auf eine Art Militär-Sozialismus, mit mehr oder weniger starkem kommunistischem Einfluß, zuzusteuern. Griechenland dagegen kehrte nach dem friedlichen Sturz der Militär-Junta, als Reaktion auf das gescheiterte Zypern-Abenteuer

(Putsch gegen Erzbischof Makarios und Intervention der Türkei) mit der ersten freien Wahl seit 1967 zu einem gemäßigt konservativ-liberalen System unter Karamanlis zurück, der nach einer Volksabstimmung über die Beibehaltung der Republik als Staatsform offensichtlich die Stellung eines griechischen De Gaulle in einer neuen Präsidentialverfassung für Griechenland anstrebt.

Die meisten der hier nur angetippten Entwicklungen würden eine etwas ausführlichere Behandlung im hier üblichen Rahmen wert sein; aber selbst nur eine Beschränkung auf je eine Seite würde den normalen Umfang sprengen. Daher seien nur einige weiterführende Bemerkungen über die Konsequenzen für die Zukunft angefügt:

Niedergang des Parteien-Systems in England

Die vorgezogenen Neuwahlen in England im Oktober brachten zwar der Labour-Party noch einmal eine knappe Mehrheit von drei Mandaten im Unterhaus, zeigten aber insgesamt die fortschreitende Erosion der traditionellen Parteien an, diesmal auch wieder der Liberalen. Da alle Parteien nach wie vor die Idee einer Koalitionsregierung ablehnen, dürfte das Regieren auf der Basis von Minderheiten der Wählerstimmen weitergehen, sodaß tiefgreifende Strukturreformen hängenbleiben werden. Die Spaltung der Labour-Party über die EG hat sich weiter vertieft und läuft jetzt ungefähr parallel mit der Frage nach der Vergesellschaftung von weiteren Industriezweigen. Daß die «englische Krankheit» u. a. Konsequenz aus dem sich erst jetzt richtig auswirkenden Verlust der imperialen Machtbasis ist, wird zwar in intellektuellen Kreisen Englands gesehen, aber von der Politik noch nicht mit der Klarheit und Offenheit ausgesprochen, die notwendig wäre, um hysterische Reaktionen nach Rechts oder Links abzuwehren. Das Nordirlandproblem hängt England wie ein Mühlstein aus seiner imperialen Vergangenheit am Hals und ist auch noch im eigenen Land buchstäblich explosiv geworden. Vielleicht bietet der von der IRA proklamierte Waffenstillstand zu Weihnachten einen ersten Ansatz zur Lösung.

Frankreich: Zerfall der Staatspartei

In Frankreich hat Giscard rasch an Popularität verloren, sobald der politische Alltag die zu vermutende Diskrepanz zwischen glamourösen Reformversprechen und tatsächlicher Reformscheu zu Tage treten ließ. Der offene Zerfall der gaullistischen Staatspartei schwächt den ohnehin gleichsam natürlichen Rückhalt des Präsidenten im Parlament, sodaß es gegen Jahresende schien, als wolle Giscard demnächst auf die Sozialisten unter François Mitterrand als neuem Ministerpräsidenten zurückgreifen, was wiederum nur durch die sich abzeichnende Lösung der Sozialisten vom Wahlbündnis mit den Kommunisten möglich wäre.

Eine solche Konstellation würde aber nur die Situation wiederholen, in der Mitterrand groß geworden war (damals noch als Radikalsozialist = gemäßigt linker Liberaler), nämlich in der Vierten Republik (1945—1958), als sich die Sozialisten nach 1947, nach dem Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierung, zu Beginn des Kalten Krieges, als politische Feigenblätter für eine konservative Politik mißbrauchen ließen. Der große innenpolitische Konflikt, der Frankreich mit der Wahl Giscard's im Mai 1974 noch einmal erspart geblieben war, würde in anderer Form, und um einige Jahre verschoben, doch noch eintreten.

Finanzielle Großmacht BRD

Unter Helmut Schmidt gewann die Bundesrepublik die Konturen einer neuen, vorläufig noch auf das ökonomische beschränkten Großmacht, abzulesen an den von allen Seiten andrängenden Kreditwünschen aus Ost und West. Als faktische Führungsmacht in der EG stützte die Bundesrepublik Italien mit einem Riesenkredit zur Sicherung der eigenen ökonomischen Position, leistete als Kredit verschleierte (und natürlich moralisch gerechtfertigte) Zahlungen an Jugoslawien, während Polen das Gleiche aus den gleichen historischen Gründen fordert und die DDR ihre permanenten (als «Swing», d. h. Überhang im innerdeutschen Warenverkehr getarnte) Kredite diesmal nur erweitert erhielt, nachdem sie exorbitante Forderungen im innerdeutschen Reiseverkehr wieder mäßigte.

Zukunft der sozial-liberalen Koalition ungewiß

Trotzdem wird sich erst zeigen müssen, wie solide das ökonomische Fundament in der Bundesrepublik tatsächlich ist, wenn die vor einem halben Jahr als möglich erwarteten Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft (NW, Juli/August 1974, S. 222) nicht oder nicht in dem erwarteten Ausmaß Wirkung zeigen sollten. Knapp eine Million Arbeitslose Ende 1974 könnten, selbst bei erstmals niedrigerem Preisanstieg, zum Sturz der sozialliberalen Koalition ausreichen, der sich in den schlechten Wahlergebnissen in Bayern und Hessen für SPD und FDP im November, und im möglich gewordenen Verlust von Nordrhein-Westfalen im Mai 1975 an die CDU abzeichnet. Teile der FDP bereiten sich offenbar schon wieder auf einen erneuten Absprung vor. Die innenpolitische Streitfrage, über der sich der Bruch der sozialliberalen Koalition noch vor Auslaufen der normalen Legislaturperiode vollziehen könnte, liegt bereit — Steuern als die sozusagen klassische, Mitbestimmung als eine moderne Problematik. Gleichzeitig weisen die massenhaften Sympathiekundgebungen von rund 11 00 meist jungen Menschen nach dem Tod von Holger Meins auch auf das zahlenmäßige Anwachsen des neuen linksextremen Potentials, das rein abstrakt in

vielen Fragen eine akzeptable Position vertritt (Sozialismus, Anti-Imperialismus), das aber durch seine bisherige Praxis der Intoleranz und Brutalität der Argumentation, oft auch der Aktion, noch einen solchen Grad der Unreife verrät, daß es keine praktikable Alternative darstellt. Die abstrakt vernünftigste und humanste, politisch aber schwer zu realisierende Alternative bleibt für den Verfasser noch immer das Festhalten am Prinzip Reform, aber gerichtet auf tiefgreifende Struktur-reformen in Richtung auf Sozialismus, der den Namen auch verdient.

Lehrstück Zypern

Ein Lehrstück für den Zusammenhang außenpolitischer und innenpolitischer Faktoren bieten die dramatischen Vorgänge auf Zypern mit ihren nicht minder aufwühlenden Rückwirkungen auf Griechenland. Der Versuch der griechischen Militär-Junta, durch die Flucht nach vorn, in einem außenpolitischen Erfolg über Zypern, ihre eigene schon schwer angeschlagene Position im Innern zu stärken, führte zu dem sich schon seit 1972 abzeichnenden Schlag gegen Makarios. Er sollte über die Homogenisierung der politischen Struktur auf Zypern doch noch den Erfolg der Enosis, der Wiedervereinigung mit Griechenland, erzwingen (vgl. auch NW, Juli/August 1972, S. 251). Makarios wurde zwar Ende Juli gestürzt, aber nur um den Preis der diesmal doch durchgeführten Intervention der Türkei auf Zypern. Aus dem anfänglichen Schutz der türkischen Minderheit mit bewaffneter Hand wurde die faktische Teilung der Insel, weit über den Anteil der türkischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Zyperns hinaus. Damit aber war der griechische Coup, von der Militärjunta in Athen ausgeheckt, gescheitert, und ihr außenpolitisches Scheitern führte zum freiwilligen Abtreten um dem sonst vermutlich drohenden gewaltsamen Sturz zuvorzukommen. Im Endergebnis kam der Sturz — mit Verhaftung und Versetzung in den Anklagezustand der führenden Junta-militärs — auf Raten doch einer gewaltsamen Vertreibung aus der Macht gleich. Der faktische Austritt Griechenlands aus der NATO, als Reaktion auf die anfängliche Begünstigung der Türkei durch die USA, brachte außenpolitisch eine Wendung nach links, der Wahlsieg von Karamanlis und die Bestätigung der durch die Militärjunta eingeführten republikanischen Staatsform durch ein Plebiszit, eine ausbalancierte Konsolidierung sozusagen nach rechts und links.

Nachdem die Rückkehr zur Demokratie in Griechenland wenigstens einen im Sommer 1974 wochenlang drohenden Krieg zwischen Griechenland und der Türkei verhinderte, läßt die neue Wendung der Entwicklung die Hoffnung, daß die erneuerte Demokratie in Griechenland doch noch eine vernünftige Lösung für Zypern mit der Türkei findet. Voraussetzung wäre allerdings der Verzicht auf antiquierte

imperiale Träume von der Rückkehr nach Konstantinopel oder gar der Wiedererrichtung eines alexandrinischen Reichs, wie sie sogar dem linksoppositionellen jüngeren Papandreou nachgesagt wurden. In der ganzen Angst vor dem Ausbruch eines griechisch-türkischen Krieges ging nämlich die Tatsache unter, daß in der Türkei inzwischen eine Regierung an der Macht ist, die sich immerhin als quasi-sozialdemokratisch fühlt, wie schwach auch immer ihre Position innerhalb der Türkei sein mag.

Portugal gibt seine Kolonien frei

Die portugiesische Entwicklung zu einem linken Militärsozialismus in Portugal brachte im Sommer und Herbst 1974 schneller, als nach den anfänglichen Hemmungen zu erwarten war, die endgültige Liquidierung des 500jährigen portugiesischen Kolonialreichs in Afrika — Guinea, Moçambique und jetzt in absehbarer Zeit auch Angola waren die einzelnen Etappen. Der in Rechnung zu stellende Widerstand portugiesischer Siedler gegen die Machtübernahme der Frelimo brach innerhalb weniger Tage zusammen, in Angola zeichnet sich eine Einigung der drei bisher miteinander rivalisierenden afrikanischen Nationalbewegungen ab (inzwischen zur Tatsache geworden. Red.), sodaß auch für Angola 1975 die Entlassung in die Unabhängigkeit eingeleitet werden dürfte.

Rückwirkungen auf südliches Afrika

Die Rückwirkungen auf das südliche Afrika haben sich bereits eingestellt. Das Smith-Regime in Rhodesien versucht, unter dem Druck verstärkter afrikanischer Guerillaaktivitäten, zwischen einer Politik der fortgesetzten Repression und einer vorsichtigen politischen Öffnung für die Afrikaner zu jonglieren, ohne aber das Prinzip weißer Vorherrschaft preisgeben zu wollen. Noch deutlicher wird die im Prinzip ähnlich ambivalente Reaktion in Südafrika: Die Regierung scheint sich mit der afrikanischen Unabhängigkeit in Moçambique und Angola abzufinden, engagierte sich aber weiterhin in Rhodesien bei der Abwehr der afrikanischen Guerillabewegung, während sie vorsichtig versucht, im Innern ein Ventil nach dem andern zu öffnen, um den angestauten Druck der Afrikaner gegenüber der Apartheid abzubauen. Die sich abzeichnende Erschöpfung des Goldbergbaus bei Johannesburg würde allmählich zu ökonomischen Umstrukturierungen zwingen, die sich vermutlich ohne stärkere Beteiligung der Afrikaner am modernen Wirtschaftsprozess kaum bewerkstelligen lassen werden.

Aethiopien

In Aethiopien schließlich hat die schleichende Militärrevolte zum Sturz des bisherigen Systems und zur Absetzung des greisen Haile Selassie

geführt, wie in der Konsequenz der ursprünglichen Bewegung zu erwarten war (vgl. NW, Juli/August 1974, S. 227). Allerdings nahm die Entwicklung in den bisher letzten Phasen geradezu kafkaeske Züge an, weil die neue kollektive Militär- und Staatsführung so gut wie anonym blieb und gleichsam aus dem politischen Dunkel zuschlug, zuletzt mit der schlagartigen Ermordung von rund 60 politischen Gefangenen — Repräsentanten des Ancien Régime. Die Einführung der Republik und die Konfiszierung des ausgedehnten Landbesitzes der Koptischen Kirche sowie der amharischen Feudalaristokratie liegt in der weiteren Konsequenz der Entwicklung, dazu vielleicht auch ein Arrangement mit der Unabhängigkeitsbewegung in Eritrea, einem der quasi-kolonialen Territorien des alten Kaiserstaats Aethiopiens. Dann könnte sich auch die Spannung mit Somalia über die im 19. Jahrhundert eroberten, von Somalis bewohnten Gebieten, konstruktiv lösen. Andernfalls könnte Aethiopien zu einem neuen innerafrikanischen Explosionsherd werden, indem ältere historische Spannungen aus der vor-kolonialen Zeit zur Entladung drängen, ähnlich wie Afghanistan nach dem Sturz der Monarchie zu einem neuen Konfliktherd in Zentralasien werden könnte. In Aethiopien wie in Afghanistan zeichnet sich mit der einsetzenden Demokratisierung nur die eine Alternative ab — entweder Föderalisierung der früher eroberten Minderheitengebiete unter Verzicht auf imperiale Träume, oder gewaltsamer Aufstand der bisher unterdrückten und ausgebeuteten Minderheiten gegen das jeweilige historische Reichs- und Eroberervolk, Amharen bzw. Afghanen, der zu blutigen neuen Konflikten führen könnte.

Afghanistan — Indien — Bangla Desh

Vorläufig scheint Afghanistan einen weiteren Zerfall Pakistans durch Unterstützung der autonomistischen Bewegung in Beluschistan zu unterstützen, offenbar ohne zu bedenken, welche Rückwirkungen solche nationale Sezessionen auf die eigenen nationalen Minderheiten haben könnten. Mit analogen Problemen hat sich Indien herumgeschlagen, das die Annexion des Himalaya-Staats Sikkim vergeblich in der Hoffnung durchführte, von den inneren Schwierigkeiten durch außenpolitische «Erfolge» abzulenken. Die weiterandauernde Dürre macht aus noch weiteren Teilen Indiens ein trostloses Armenhaus für die schon Armen, während von den besitzenden Klassen keine Impulse zur Einsicht und zu Reformen ausgehen. Zur Abwechslung scheinen sich die Spannungen in Bihar bis zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen zuzuspitzen, wie die Ermordung des Eisenbahnministers nahelegt.

Erst recht unregierbar geworden ist Bangla Desh, das an seiner historisch gemachten strukturellen Armut, an Korruption auch in der

prekären Unabhängigkeit, und an den Folgen einer erneuten entsetzlichen Flutkatastrophe zu ersticken scheint.

Südvietnam

Wie stets geht der Krieg in Südvietnam weiter. Die Niederlage des Thieu-Regimes scheint sich in einer neuen Offensive der Befreiungsarmee zu vollenden, da die USA vermutlich offen militärisch nicht wieder eingreifen werden. Wenn man von den neuen schweren Kämpfen hört und sie im Fernsehen sieht, wundert man sich, daß es in Vietnam überhaupt noch etwas zu zerstören gibt. Aber die Gefahr für den Weltfrieden über Vietnam scheint, so zynisch das von Europa aus klingen mag, ausgestanden zu sein. Die schlimmsten Zeitbomben ticken für die Menschheit gegenwärtig im Nahen Osten. Imanuel Geiß

Hinweis auf ein Buch

MARIE-LOUISE MARTIN: Kirche ohne Weiße. Simon Kimbangu und seine Millionenkirche im Kongo. Friedrich Reinhardt Verlag Basel. 1971. Fr. 19.80

Zwei Schweizer Theologen, die Verfasserin und Pfarrer Willi Béguin, haben 1968 sich der Aufgabe unterzogen, festzustellen, ob die Kimbanguistenkirche, die sich darum beworben hatte, dem Ökumenischen Rat der Kirchen beizutreten, eine echt christliche Kirche sei. Sie lebten während drei Monaten in der Familie des ältesten Sohnes Kimbangus, der als Verantwortlicher für das Schulwesen und die soziale Arbeit in der Kirche eine führende Stellung inne hat und auch als Generaldirektor des Nationalen Institutes für Berufsausbildung tätig ist. Sie gingen mit ihm auf Reisen in die Gemeinden und nahmen an deren Freuden und Problemen teil. Ihr Urteil fiel durchaus positiv aus, mehr noch, aus dem Buch geht hervor, daß das Leben der Kimbanguisten an die Zeit des Urchristentums erinnert, weniger in der Form als in der Gesinnung, und daß von ihnen auch eine befruchtende Beeinflussung der Kirchen des Westens möglich wäre.

Nach einer ersten Reise vertiefte die Verfasserin ihre Kenntnisse über die Missionierung des Kongo im Allgemeinen und über die Geschichte Kimbangus und seiner Bewegung im besonderen. So erhalten wir aus der beinahe dreihundert Seiten umfassenden Studie einen lebendigen Eindruck des Lebens und der Religiosität der Kimbanguisten. Sie trägt auch zur Erweiterung des Verständnisses für den schwarzen Menschen überhaupt bei.

Die Verfasserin, die früher an der Universität von Botswana, Lesotho und Swaziland in Roma (Lesotho) unterrichtet hatte, übernahm die Leitung der theologischen Schule der Kimbanguisten, in der sie immer noch mit vollem Einsatz wirkt. — Wenn hier weniger als gelegentlich bei andern Büchern auf Einzelheiten des Inhalts eingegangen wird, so darum, weil Simon Kimbangu für unsere Leser kein Unbekannter ist. Diese Studie sollte von den Freunden Schwarzafrikas unbedingt selbst gelesen werden, und da das Buch mit seinen sechzehn Bildern noch vor der großen Teuerung der letzten zwei Jahre erschienen ist, kann es als ausgesprochen billig bezeichnet werden. B. W.